

Bund Ungarischer Organisationen in Deutschland e.V.

Németországi Magyar Szervezetek Szövetsége

Mitglied im Bund Ungarischer Landesverbände in Westeuropa

A Nyugat-Európai Országos Magyar Szervezetek Szövetségének tagja



ERKLÄRUNG

Der Bund Ungarischer Organisationen in Deutschland (BUOD) protestiert gegen die Diskriminierung der ungarischen Minderheit in der Slowakei durch staatliche Maßnahmen. Besorgt müssen wir feststellen, dass das neu verabschiedete Sprachengesetz einen neuen Höhepunkt einer minderheitsfeindlichen Politik darstellt, die das slowakisch-ungarische Verhältnis belastet.

Das durch das slowakische Parlament verabschiedete Gesetz zum Schutz der Staatssprache verfügt – unter anderem – in der Öffentlichkeit den verpflichtenden Gebrauch der geographischen Namen auf slowakisch. In den sozialen und medizinischen Institutionen darf das Personal nur dort ungarisch mit den Kunden bzw. Patienten sprechen, wo der Anteil der ungarischen Bevölkerung mindestens 20 Prozent erreicht. Wer die slowakische Sprache nicht korrekt benutzt oder die Anweisungen des Gesetzes auf andere Art verletzt, kann mit einem Bußgeld bis zu 5000 Euro bestraft werden.

Anstatt die Gleichheit der Sprachen im Land zu stärken wird im Gesetz jener Teil der Bevölkerung, der die Minderheitensprache spricht, zu Mehrleistungen verpflichtet und mit Sanktionen bedroht. Darüberhinaus regelt das Gesetz den Sprachgebrauch nicht nach praktischen Erwägungen sondern nach ideologischen Gesichtspunkten auf zahlreichen Gebieten des täglichen Lebens und zwar sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich. Damit greift es unverhältnismäßig und unbegründet in die Privatsphäre der Menschen ein und beschränkt die Rechte der angestammten Minderheit.

Das genannte Gesetz widerspricht den europäischen Minderheitsrechten, dem Geist der Europäischen Union, den bestehenden Menschenrechtsvereinbarungen und jeglicher Vernunft. Diese Frage stellt somit keine Auseinandersetzung zwischen zwei Ländern dar, sondern eine durch die slowakischen Gesetzgeber legitimierte schwere Menschenrechtsverletzung, die in der Geschichte der Europäischen Union ohne Beispiel ist.

Es ist unsere Überzeugung, dass eine Versöhnung zwischen Slowaken und Ungarn nur dann stattfinden kann, wenn beide Völker die persönlichen, kulturellen und kollektiven Selbstbestimmungsrechte der auf ihrem Gebiet lebenden nationalen Minderheiten im Geist allgemein akzeptierter europäischer Normen regeln. Deswegen möchten wir mit diplomatischen und politischen Mitteln und unter Zuhilfenahme internationaler Rechtsinstitutionen erreichen, dass die Slowakei dieses neue nach allen Gesichtspunkten inakzeptable und bewusst ungarnefeindliche Sprachengesetz zurücknimmt.

Frankfurt am Main, den 20. Juli 2009
Der Vorstand des BUOD